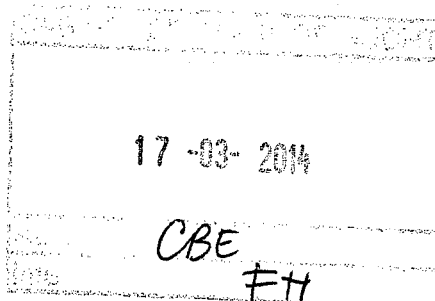


S Finanzgruppe
Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Präsident
Georg Fahrenschon

Herrn
Karel de Gucht
Mitglied der Europäischen Kommission
Rue de la Loi, 200
B-1040 Brüssel



Berlin, den 12. März 2014

Sehr geehrter Herr Kommissar de Gucht,

die deutsche Sparkassen-Finanzgruppe ist mit über 400 Sparkassen einer der wichtigsten Kreditgeber der deutschen Wirtschaft. Gemeinsam mit den Landesbanken als ihren Verbundpartnern haben die Sparkassen die kreditwirtschaftliche Versorgung, insbesondere der mittelständischen Unternehmen in Deutschland, auch in schwierigen konjunkturellen Phasen gesichert. Wegen der internationalen Ausrichtung der deutschen Wirtschaft unterstützt die Sparkassen-Finanzgruppe deshalb alle Bemühungen, den deutschen und europäischen Außenhandel zu fördern.

Wir stehen daher auch der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings wird in unserer Gruppe zunehmend die Frage diskutiert, ob TTIP es einem Investor aus den Unterzeichnerstaaten erlauben wird, die Privatisierung einer im öffentlich-rechtlichen Eigentum befindlichen Sparkassen oder Landesbank - zum Beispiel zum Zweck einer Übernahme - zu fordern, und dies in dem vorgesehenen Investor-State Dispute Settlement Verfahren (ISDS) auch durchzusetzen. Eine solche Konsequenz würde von uns aus verständlichen Gründen nicht akzeptiert werden können, da die öffentlich-rechtliche Rechtsform und Trägerschaft unserer Institute zum Wesenskern der Sparkassen-Finanzgruppe gehören.

In diesen Tagen hat die vierte Runde der TTIP Verhandlungen begonnen. Nach den Sondierungsgesprächen der vergangenen Runden geht es nun unter anderem um den Marktzugang sowie um Unternehmen im öffentlichen Eigentum.

Deutscher Sparkassen-
und Giroverband

Berlin:
Charlottenstraße 47
10117 Berlin
Telefon +49 30 20225-1000
Telefax +49 30 20225-1015

Büro Bonn:
Simrockstraße 4
53113 Bonn

Büro Brüssel:
Avenue des Nerviens 9-31, Box 3
B-1040 Bruxelles



Sparkassen-Finanzgruppe:
Sparkassen, Landesbanken, LBS,
DekaBank, Deutsche Leasing,
Die Versicherungen der
Sparkassen

Wir können derzeit nicht abschätzen, welche Tragweite diese Verhandlungsrunde für die Sparkassen-Finanzgruppe haben wird. Wir gehen aber davon aus, dass die Feststellung der Kommission, öffentliche Dienstleistungen werden durch TTIP nicht zwangsweise liberalisiert oder privatisiert, ohne Einschränkungen Gültigkeit behalten wird. Diese Zusage war im Rahmen der Gespräche des EU-Chefunterhändlers in Berlin im Februar bekräftigt und von Bundesminister Gabriel in der anschließenden Erklärung der Bundesregierung noch einmal untermauert worden.

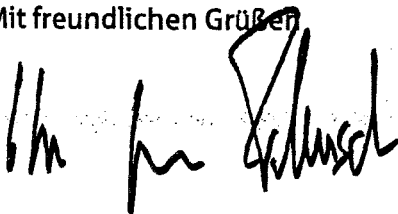
Beide, die Kommission sowie die Bundesregierung, haben in diesem Zusammenhang zu Recht darauf verwiesen, dass die Vorgaben der europäischen Verträge für die EU-Kommission auch auf internationaler Ebene bindend sind. Gemäß Artikel 345 AEUV liegt es aber in der ausschließlichen Kompetenz der Mitgliedstaaten und ihrer Untergliederungen, über die Privatisierung ihrer im öffentlichen Eigentum befindlichen Unternehmen zu entscheiden. Diese Kompetenz dürfte daher bei den TTIP-Verhandlungen nicht zur Disposition stehen.

Auch das geplante ISDS dürfte aus unserer Sicht beim Marktzugang keine Rolle spielen. Insoweit vertrauen wir darauf, dass die EU hierzu nicht über die Regelungen des mit Kanada ausgehandelten Abkommens CETA hinausgehen wird. Gemäß CETA ist das ISDS Verfahren aber nur für den Interventionsschutz, nicht jedoch für den Marktzugang betreffende Streitigkeiten vorgesehen.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr dankbar, wenn Sie die Richtigkeit unserer Annahmen bestätigen sowie dafür Sorge tragen würden, dass der Klarheit halber der Anwendungsbereich des Artikels 345 AEUV als Bereichsausnahme im TTIP verankert wird.

Ich werde es übernehmen, die Sparkassen und Landesbanken über Ihre Antwort zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Udo Schmalz', written over a horizontal line.